

Endlager für radioaktive Abfälle: Deutschland hinkt hinterher

geschrieben von Admin | 17. Dezember 2024

Finnland, Schweden, Frankreich, Kanada und die Schweiz sind am weitesten bei der Suche nach einem Tiefenlager für hochradioaktive Atomabfälle. In Deutschland hingegen dauert es wohl noch Jahrzehnte, bis klar ist, wo die abgebrannten Brennstäbe hinkommen.

Von Peter Panther

«So sieht es aus, wenn man Geschichte schreibt» – das hat Laurie Swami vor wenigen Tagen verkündet. Die Präsidentin der kanadischen Nuclear Waste Management Organization freute sich, dass der Standort für das künftige Endlager für hochradioaktive Abfälle in Kanada nun feststeht. Es ist die Gemeinde Ignace in der Provinz Ontario.

Der Entscheid Kanadas fiel nach einem ausgeklügelten Evaluationsverfahren. Zuletzt war neben Ignace noch der Ort South Bruce im Rennen, ebenfalls in Ontario. Bemerkenswert ist, dass nicht nur die Bewohner Ignaces ihr Einverständnis zum Tiefenlager gegeben haben, sondern auch die Wabigoon Lake Ojibway Nation, eine indigene Gemeinschaft, die seit Jahrhunderten in Nordwest-Ontario lebt.

Von einem solchen Standortentscheid kann Deutschland nur träumen. Hier dauert es wohl noch Jahrzehnte, bis klar ist, wo das Tiefenlager für radioaktive Abfälle hinkommt. Nachdem ursprünglich ein Entscheid bis 2031 angestrebt wurde, spricht die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) jetzt vom Zeitraum 2046 bis 2068, bis Klarheit herrscht.

Die Schweiz und Frankreich haben einen Standort gefunden

Dabei zeigen gerade Nachbarländer von Deutschland, dass es schneller gehen könnte. In der Schweiz hat die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) im November ein Gesuch eingereicht, um im Gebiet Nördlich Lägern im Kanton Zürich das nationale Endlager einrichten zu können. Den Standortentscheid hatte die Nagra bereits vor zwei Jahren getroffen. Das Schweizer Lager soll in 900 Meter Tiefe gebaut werden, in sogenanntem Opalinuston, einem wasserundurchlässigen Gestein. Der Baustart ist für 2045 vorgesehen.

Auch die Atommacht Frankreich macht vorwärts mit der Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle. Im Januar 2023 hat die damit beauftragte Organisation Andra ein Baugesuch für ein Tiefenlager bei Bure in den

Departementen Meuse und Haute-Marne eingereicht. Auch hier soll der Abfall in ein Tongestein eingelagert werden. Die Bauarbeiten könnten bereits 2027 beginnen.

Kein Land ist aber punkto Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen so weit wie Finnland. Denn hier wurden im Untergrund der Halbinsel Olkiluoto an der Ostseeküste in den letzten Jahren bereits etwa 15 Kilometer Tunnel ausgehoben. Das Tiefenlager «Onkalo» liegt in kristallinem Gestein in 450 Meter Tiefe. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, dass die Einlagerung des radioaktiven Abfalls nächstes oder übernächstes Jahr starten kann. «Wir haben eine Lösung», verkündet das stolze Finnland der Welt.

Neustart in Deutschland mit einer «weissen Landkarte»

Grünes Licht für den Bau eines Endlagers gibt es auch in Schweden. Das geplante Bauwerk in Forsmark an der Ostseeküste, 140 Kilometer nördlich von Stockholm, könnte schon in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden. Das Lager soll in 500 Meter Tiefe in Kristallingestein errichtet werden.

Und wo steht Deutschland? Hier wurde 2017 das Verfahren für die Auswahl eines Standorts für hochradioaktiven Abfall neu gestartet, mit einer «weissen Landkarte». Die Suche wurde damit auf Feld eins zurückgesetzt. Vorangegangen waren mehrere Jahrzehnte heftigen Streits um die Atommüllentsorgung. Das Vorgehen war zuweilen intransparent, und die Demonstrationen dagegen verliefen immer wieder gewalttätig.

«Weisse Landkarte» bedeutet, dass kein Gebiet von vornherein bevorzugt oder zurückgesetzt wird. Die Standortsuche soll jetzt so transparent wie möglich und unter Einbezug der Bevölkerung erfolgen. Allein die Geologie darf für den Entscheid massgebend sein. Gesetzlich festgeschrieben ist einzig, dass als Wirtsgesteine für das künftige Tiefenlager Steinsalz, Tonstein und Kristallingestein in Frage kommen.

2020 stellte die zuständige BGE einen Zwischenbericht vor. Dieser wies 90 potentiell günstige Gebiete aus, die zusammen 54 Prozent der Fläche Deutschlands ausmachen. Seither ist die BGE daran, für alle 90 Teilgebiete Sicherheitsuntersuchungen durchzuführen.

Während andere Länder graben, schüttet Deutschland zu

Doch wie erwähnt kann der ursprüngliche Zeitplan für die Endlagersuche nicht eingehalten werden. Neben der BGE geht auch das Bundesumweltministerium mittlerweile davon aus, dass es noch bis Mitte dieses Jahrhunderts dauert, bis der Standortentscheid fällt.

Ob dieser Entscheid dann auch von den Atomgegnern akzeptiert wird, steht in den Sternen. Diese haben bereits in der Vergangenheit jeden Versuch, das Abfallproblem zu lösen, durch handfeste Gegenwehr vereitelt. Wie in Finnland, Schweden, Kanada, Frankreich oder in der Schweiz könnte die Lösung Endlagerfrage zwar längst aufgegleist sein. Doch die Politik stand dem bisher immer im Weg.

Derweil beginnt in diesen Tagen in Gorleben in Niedersachsen die Auffüllung des ehemaligen Erkundungsbergwerks. Aus diesem Versuchsstollen für radioaktive Abfälle hätte zwar durchaus ein Tiefenlager werden können. Doch es durfte nicht sein.

Das passt zum Atomkurs Deutschlands: Während auf der ganzen Welt neue Kernkraftwerke geplant und gebaut werden, hat das Land seine drei letzten Werke abgestellt. Und während an anderen Orten in die Hände gespuckt wird, um ein Tiefenlager zu bauen und das Problem der radioaktiven Abfälle zu lösen, schüttet Deutschland seine bisherigen Bauten zu.